

Schlußkommentar

zum Symposium der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der
Humboldt-Universität zu Berlin am 28. Oktober 2010 zum Thema: „Der Preis
der Freiheit. Wiedergewinnung von Vertrauen in eine freiheitliche Wirtschafts-
und Gesellschaftsordnung“

Die deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung baut auf der individuellen Freiheit ihrer Bürger auf. Sie ist sozial, indem sie nicht nur politische, sondern auch ökonomische und soziale Freiheits- und Teilhaberechte sichert. Eine auf der individuellen Freiheit aufbauende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung setzt voraus, daß sie von den Bürgern aktiv getragen, gestaltet und verantwortet wird. Zentral ist dann die individuelle Verantwortung der Bürger für die Ordnung, in der sie leben (wollen), aber auch die gesellschaftliche Verantwortung. Wie kann eine solche Verantwortung geschaffen werden, wie gestärkt werden, ins allgemeine Bewußtsein gehoben werden? Zwei Ansätze erscheinen zielführend, der individuelle und der institutionelle. Beim institutionellen Ansatz kann auf rechtliche Regelungen und/oder soziale Normen gesetzt werden.

Der **individuelle Ansatz** zielt auf eine Stärkung des Bewußtseins für die gesellschaftliche Verantwortung und Verantwortlichkeit der Bürger. Ansatzpunkt wäre eine Konzeption nicht allein des „ehrbaren Kaufmanns“, sondern eine Konzeption des „ehrbaren und verantwortlichen Bürgers“ im Sinne des Citoyens. Ein Rückblick auf den Anlaß des Symposiums - die Gründung der Berliner Universität vor 200 Jahren - verdeutlicht diesen Gedanken. Die preußischen Reformen nach der Niederlage im Oktober 1806 waren getragen von einem solchen ‚Leitbild‘, das Kern der Stein-Hardenbergschen Reformen war. In diesen historischen Kontext stellt sich das Symposium. Das Bahnbrechende der Reformen war der individualistische Ansatz: nicht den Bürger vom Staat, sondern den Staat vom Bürger her zu denken.

Der **institutionelle Ansatz** kann bei **formalen Institutionen** ansetzen, also formal geschaffenen und durchgesetzten abstrakt-generellen sanktionsbewehrten Regelungen, etwa rechtlichen Normen. Die Stärkung der freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung soll dann durch eine Verbesserung dieser Regelungen erreicht werden. Die Ethik liegt in den Institutionen. Die Bürger schaffen Regelungen, die einen Ordnungsrahmen gestalten, innerhalb dessen freie Entscheidungen getroffen werden können. In der modernen Ökonomik wird zwischen Entscheidungen über Regeln und Entscheidungen innerhalb eines Regelungsrahmens (*decision on rules / decisions within rules*) unterschieden. Hier geht es um Regelungen, die den Ordnungsrahmen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gestalten, angefangen von privatem Eigentum und Vertragsfreiheit bis zu Freiheit sichernden Regelungen des Wettbewerbs- und Kartellrechts. Es ist kein Zufall, daß die Vertreter der Freiburger Schule die Bedeutung des Wettbewerbs- und Kartellrechts für eine freie und soziale Marktwirtschaft betonten. Heute ist die Diskussion über Regulierung hinzugekommen, eine Regulierung, die Märkte schafft und sichert, die aber auch in Gestalt der Überregulierung die Gefahr eines neuen staatlichen Interventionismus in sich birgt. Aus ordnungsökonomischer Perspektive geht es darum, dem Staat die Rolle zuzuweisen, den Ordnungsrahmen zu gestalten, nicht aber interventionistisch einzugreifen oder gar selbst mitzuspielen.

Der **institutionelle Ansatz** kann bei **informellen Institutionen** ansetzen, etwa bei sozialen Normen. Es geht dann darum, soziale Regeln mit dem Ziel zu entwickeln, durch gesellschaftliche Selbstbindung zu verhindern, daß vom Gesetzesrahmen eingeräumte Spielräume in einem Maße ausgereizt werden, daß sie letztendlich funktionsunfähig werden. Es gilt dann aber die Frage zu beantworten, welches denn die Triebkraft für die Entwicklung solcher sozialer Regeln sein kann, wenn davon ausgegangen wird, daß jeder Einzelne versucht, seinen individuellen Nutzen zu maximieren? Wie kann es dann zu den notwendigen Selbstbindungen kommen? Zwei Antworten sind denkbar. Die handelnden Akteure folgen keineswegs zwingend dem Ziel der rationalen Maximierung des Erwartungsnutzens. Verhaltenswissenschaftliche Ansätze in der Ökonomik haben nicht nur Abweichungen vom Modell des eigennutzorientierten Rationalverhaltens nachweisen können. Sie haben auch den Stellenwert von Fairness in sozialen Interaktionen belegen können. Das würde dafür sprechen, daß sich reziproke Selbstbindungen für die Beteiligten auszahlen würden, daß es zu Win-Win-Situationen kommt. Diese würden das Resultat sozialer

Lernprozesse sein. Aber selbst vollständig rational handelnde Akteure würden solche Selbstbindungen eingehen, wenn sie nämlich damit rechnen könnten, daß sich diese auch für sie selbst lohnen.

Sowohl der individuelle Ansatz wie auch die institutionellen Ansätze sind zielführend, wenn es um die Wiedergewinnung von Vertrauen in eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geht. In welchem Verhältnis stehen sie zueinander? Wirken sie komplementär, kumulativ? Sollte eine Rangfolge aufgestellt werden? Könnte man auf den individuellen Ansatz vertrauen und hoffen, daß sich die Probleme mit seiner Hilfe lösen lassen, könnte man vielleicht auf die institutionellen Ansätze verzichten. Eine Gemeinschaft verantwortlicher und verantwortungsbewußter Bürger würde mit einem Minimum an bindenden Regeln auskommen und in Freiheit zusammenleben können. Äußerer Zwang ließe sich durch innere Einsicht ersetzen. In der Zeit der Aufklärung waren solche gesellschaftlichen Konzepte in der Diskussion. Aber allein auf den ehrbaren und verantwortlichen Bürger zu setzen, birgt Risiken. Die Stabilität einer solchen Ordnung könnte von Defektierern gefährdet werden, nämlich Bürgern, die nicht kooperieren, Bürger, die nicht ehrbar und verantwortlich handeln. Aus dieser Perspektive kommt institutionellen Ansätzen die Funktion zu, eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu sichern, wenn eben nicht alle Bürger dem Ideal des ehrbaren und verantwortlichen Bürgers entsprechen. Man muß dann nicht soweit gehen, die Ethik allein in den Institutionen zu suchen. Aber man wird die zentrale Rolle von - insbesondere formalen - Institutionen bei der Gestaltung einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung betonen. Da aber formale Institutionen ausgereizt und damit in ihrer Funktionsfähigkeit beeinträchtigt werden können, erscheint es geboten, diesen formalen Institutionen informelle an die Seite zu stellen, nämlich soziale Normen, die durch reziproke Selbstbindung zur Stabilität einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beitragen.